

Solidarische Ökonomie: Was sagte Marx dazu? Wozu ein neuer Aufbruch?

Mit dem Entstehen einer Welle sozialer Bewegungen seit dem Aufstand in Chiapas und den Protesten gegen die Welthandelsorganisation Ende der 1990er Jahre erleben auch ökonomische Alternativen von unten eine Renaissance. In vielen Ländern haben sich die sozialen Bewegungen mit Formen alternativen Wirtschaftens verbunden. Vor allem in Lateinamerika sind Regierungen mit einem explizit anti-neoliberalen Programm an die Macht gekommen. Sie fördern ökonomische Alternativen unter dem Sammelbegriff der Solidarischen Ökonomie. Besonders in Brasilien und Venezuela befindet sich der Sektor Solidarischer Ökonomie in einem kräftigen Aufwind.

Solidarische Ökonomie bezeichnet Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen (Ripess 1997). Das Prinzip der Solidarität steht dabei im Gegensatz zur Orientierung an Konkurrenz, zynischer Eigenverantwortung und Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften. Solidarität in der Wirtschaft bedeutet, sich an den Bedürfnissen der KooperationspartnerInnen zu orientieren. Damit emanzipieren sich die AkteurInnen von der durch den Markt vorgegebenen Handlungslogik und Ergebnissen. Solidarität kann dabei sowohl auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit (z.B. gemeinschaftliche Selbsthilfe) als auch auf Umverteilung beruhen (Coutrot 2005, 114). Der Begriff der Solidarität verweist ferner auf die Freiwilligkeit von Kooperation und gegenseitiger Hilfe. Damit beinhaltet die Idee der SÖ den Anspruch von Selbstorganisation und Demokratie. Eine solche Ökonomie auf solidarischer Basis ist aus der Sicht des Neoliberalismus eine Fehlallokation von Ressourcen und widerspricht der angestrebten Maximierung von Innovation und Konkurrenz. Es handelt sich also um solidarische ökonomische „Alternativen, die es eigentlich gar nicht geben dürfte“ (Altvater 2006).

Der Begriff Solidarische Ökonomie kann dabei verschiedene Reichweiten haben:

Zielvorstellung: Solidarische Ökonomie kann sich als humanere Ergänzung kapitalistischer Marktwirtschaften verstehen oder das Ziel der Überwindung des Kapitalismus verfolgen.

Raum: Solidarische Ökonomie kann sich in unterschiedlicher räumlicher Entfernung der solidarisch Handelnden abspielen. Sie existiert meist auf lokaler Ebene, kann aber auch über große räumliche Entfernungen praktiziert werden, z.B. beim Fairen Handel.

Größe: Solidarische Ökonomie kann verschieden große ökonomische Einheiten umfassen. Es gibt sowohl solidarische Einzelunternehmen und große Zusammenschlüsse von Genossenschaften wie auch Projekte eines ganzen anderen Wirtschaftssystems (z.B. ALBA).

Universalität: Solidarische Ökonomie kann auf freiwilligen Vereinbarungen zwischen KooperationspartnerInnen beruhen oder in verbindlichen Regeln münden, die für alle Wirtschaftsakteure gelten (z.B. „Solidarische Weltwirtschaftsordnung“). Solidarische Ökonomie kann damit durchaus unter Beteiligung des Staates stattfinden.

Eine beispielhafte Zusammenstellung von Formen ökonomischer Selbstorganisation findet sich in Kasten I.

Unter „Solidarische Ökonomie“ nicht einfach jede Form von ökonomischer Selbstorganisation gefasst werden. Vielmehr muss ökonomisches Handeln

bewusst mit solidarischen Zielen verbunden werden. Formen der reinen akuten Linderung von Not genügen also nicht, um von Solidarischer Ökonomie zu sprechen.

Eine Abgrenzung zwischen Solidarischer Ökonomie und kapitalistischen oder staatlich organisiertem Wirtschaften ist nicht trennscharf vorzunehmen. Es gibt zahlreiche Beispiele von Übergängen: Demokratisch degenerierte Genossenschaften und Familienunternehmen mit einer starken Mitbestimmungskultur, ökokapitalistische Unternehmen und der selbstverwaltete Verkäufer von klimaschädlichen Flugreisen, konventionelle Unternehmen mit starker Förderung von Frauen versus die männerdominierte Kooperative, usw.

Die Frage, wer zur Solidarischen Ökonomie gehört und wer nicht, bleibt in der Bewegung wie im dazugehörigen Schrifttum umstritten. Sollen alle Akteure dazu zählen, die wirtschaftliche Aktivitäten mit sozialen Zielen betreiben (www.ripess.net) und sollte man daher besser von „Sozialer und Solidarischer Ökonomie“ sprechen? Oder sollten Ansätze paternalistischer ökonomischer Sozialarbeit, die wenig demokratisch sind und oft auch nicht über genossenschaftliche Autonomie und Unabhängigkeit verfügen, ausgeschlossen bleiben? Ebenso stellt sich die Frage, ob es genügt, wenn die Solidarität oder das Soziale einer Unternehmung nach innen gerichtet ist. Sollte es nicht vielmehr um Unternehmungen gehen, die auch nach außen solidarisch sind? Müsste es daher nicht eher um die Förderung einer Ökonomie gehen, die eindeutig den Prinzipien des Internationalen Genossenschaftsbundes (International Co-operative Alliance, www.ica.coop) entsprechen, wenn sie sich auch nicht immer in der genossenschaftlichen Rechtsform abspielen muss?

Ausgrenzungen können das Entstehen einer neuen Welle von Solidarischer Ökonomie schwächen. Beliebigkeit kann ihr die Wirksamkeit nehmen. Gleichzeitig schließen sich zwei mögliche Prozesse nicht gegenseitig aus. Zum einen kann es einen starken Impuls zur Gründung neuer Projekte auf der Basis genossenschaftlicher Prinzipien geben, der von eigenen Zusammenschlüssen gefördert wird (wie in Großbritannien www.cooperative-uk.coop oder in Frankreich www.scop.coop) – also eine Erneuerung der genossenschaftlichen Bewegung unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen und der heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Zum anderen kann auch in Deutschland und Europa ein übergreifender Zusammenschluss aller Akteure in der Sozialen und Solidarischen Ökonomie entstehen, wie etwa mit der Social Enterprise Coalition in Großbritannien oder RИPESS auf internationaler Ebene.

Außerdem existieren mit Begriffen wie „alternativer Ökonomie“, „Gemeinwesenökonomie“, „Soziale Ökonomie“, „community economy“ usw. ähnliche Begriffe, die Vergleichbares bezeichnen. Der Begriff der „Solidarischen Ökonomie“ hat jedoch den Charme, dass er den Anspruch der Solidarität ausdrücklich benennt. Hier wird es noch Stoff für viel Diskussion geben. Denn ein neuer Schub ökonomischer Selbstorganisation würde von einem einigenden Begriff sehr profitieren.

Marx und die Solidarische Ökonomie

Was wir heute als Solidarische Ökonomie¹ fassen w^{ir}den, begegnete Marx in

1 Im Briefwechsel mit der Russischen Sozialistin Vera Sassulitsch stellt Marx klar, dass sich seiner Meinung nach eine moderne Ökonomie jenseits des Kapitalismus auch aus traditionellen ökonomischen Strukturen entwickeln

Gestalt der Theorien und Experimente der Frühsozialisten, den Versuchen von Proudhon² und den aufkommenden Genossenschaften.

Im „Kommunistischen Manifest“ (1848) formulierten Marx und Engels über die Frühsozialisten: Sie verwerfen daher alle politische, namentlich alle revolutionäre Aktion, sie wollen ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen und versuchen, durch kleine, natürlich fehlschlagende Experimente, durch die Macht des Beispiels dem neuen gesellschaftlichen Evangelium Bahn zu brechen. ... Bedeutung des kritisch-utopistischen Sozialismus oder Kommunismus steht im umgekehrten Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung. In demselben Maße, worin der Klassenkampf sich entwickelt und gestaltet, verliert diese phantastische Erhebung über denselben, diese phantastische Bekämpfung desselben allen praktischen Wert, alle theoretische Berechtigung. Waren daher die Urheber dieser Systeme auch in vieler Beziehung revolutionär, so bilden ihre Schüler jedesmal reaktionäre Sekten“. Aus dieser frühen Äußerung wie auch aus der Marxschen politisch-ökonomischen Praxis wird deutlich, dass es die politischen Veränderungen sind, die ihn wirklich interessieren. Die Aufstände seiner Zeit, die Bildung von Parteien und Gewerkschaften, die politische Propaganda waren es, an denen er sich beteiligte. Die vielfachen Experimente zur Bildung von sozialreformerischen Lebensgemeinschaften, Produktiv-, Konsumgenossenschaften waren für ihn nicht wirklich spannend. Von einer aktiven Mitgliedschaft Marxs in einer der sich gründenden Genossenschaften ist nichts bekannt. Der Hinweis auf die reaktionären Sekten im Umfeld Solidarischer Ökonomie hat allerdings bis heute häufig anstrengende Aktualität.

Eduard Bernstein, der große Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, stellte im Jahre 1921 fest, dass „die Frage der Leistungsfähigkeit und Funktion der Genossenschaften“ in der marxistischen Literatur bisher nur sehr flüchtig behandelt worden ist. Sieht man von der Literatur der sechziger Jahre und einiger Aufsätze Kautskys ab, so wird man außer sehr allgemeinen, zumeist negativen Äußerungen wenig über das Genossenschaftswesen darin finden. ... die marxistische Praxis vorwiegend politisch, auf die Eroberung der politischen Macht gerichtet war“ (zitiert nach Gubitzer 1989). Marx hat sich intensiv mit dem kapitalistischen Unternehmen wie auch dem Kapitalismus als Wirtschaftssystem befasst. Eine gründliche Analyse der Genossenschaften findet sich nicht in seinem Werk. Er schrieb „Das Kapital“, aber nicht „Die Genossenschaft“. Daher muss man sich - wie so oft bei Marx - mit Fragmenten und Andeutungen begnügen, wenn man sein Denken über die Genossenschaften seiner Zeit verstehen will.

In der „Theorie des Mehrwerts“ schreibt Marx Anfang der 1860er Jahre „The best demonstration of this are the co-operative factories built by the workers themselves. They are proof that the capitalist as functionary of production has become just as superfluous to the workers as the landlord appears to the capitalist with regard to bourgeois production.“³

kann, ohne die Phase des Kapitalismus durchlaufen zu müssen. Quelle: Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 242/243.

- 2 Mit Marxs überaus kritischer Haltung zu Proudhon befaße ich mich hier nicht, v.a. weil die Proudhonschen Experimente an ihren inneren Widersprüchen scheitern mussten und daher für heute kein Vorbild sein können. Die heute ungleich breitere Erfahrung mit alternativen Finanzierungs- und Tauschsystemen konnte Marx dagegen noch nicht kennen. Zum Weiterlesen etwa Marxs Brief an J. B. Schweizer „On Proudhon“, 24. Januar 1865, Quelle: *Marx Engels Selected Works*, Volume 2; zuerst veröffentlicht: *Der Social-Demokrat*, Nos. 16, 17 and 18, February 1, 3 and 5, 1865
- 3 Ähnlich äußert er sich in Band 1 des Kapitals, Abschnitt 13, „Kooperation“ wie auch auch im Band II Kap. 27, „Die

Damit erklärte er den Kapitalisten funktional als überflüssig. Er sah scheinbar keine wesentlichen Unterschiede zwischen kapitalistischen und genossenschaftlichen Unternehmungen bezüglich der Kontroll- und Anreizwirkungen. Kapitalistische wie genossenschaftliche Unternehmungen erscheinen Marx gleichermaßen funktionsfähig:

„ Bei der Kooperativfabrik fällt der gegensätzliche (*doppelseitige*) Charakter der Aufsichtsarbeit weg, indem der *Manager* von den Arbeitern bezahlt wird, statt ihnen gegenüber das Kapital zu vertreten. ... Aus den öffentlichen Rechnungsablagen der Kooperativfabriken in England sieht man, dass - nach Abzug des Lohns des *Managers*, der einen Teil des ausgelegten variablen Kapitals bildet, ganz wie der Lohn der übrigen Arbeiter - der Profit größer war als der Durchschnittsprofit, obgleich sie stellenweise einen viel höheren Zins zahlten als die Privatfabrikanten. Die Ursache des höheren Profits war in allen diesen Fällen größere Ökonomie in Anwendung des konstanten Kapitals.“ (Marx 1894)⁴.

Spätere, auf längerer Erfahrung basierende Vergleiche von Produktivgenossenschaften mit kapitalistischen Unternehmen bezüglich ihres unterschiedlichen ökonomischen Erfolgs, deuten zeigen jedoch: Für Investitions- und Innovationsentscheidungen von Unternehmen macht es einen großen Unterschied macht, ob die EigentümerInnenstruktur genossenschaftlich oder privatkapitalistisch ist. Marx analysiert nicht, dass die Vereinigung von ProduzentInnen zu einer Genossenschaft einen deutlich geringeren Anreiz zu Innovation und Wachstum aufweist als ein kapitalistisches Unternehmen (s.u.).

1866 formuliert Marx dann einen Text für die Internationale Arbeiter-Assoziation, in der auch verschiedene Genossenschaften Mitglied waren. Dort nimmt er zu verschiedenen aktuellen politischen Fragen Stellung darunter auch zum Genossenschaftswesen:

„(a) Wir anerkennen die Kooperativbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, die auf Klassengegensätzen beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, dass das bestehende despotische und Armut hervorbringende System der **Unterjochung der Arbeit** unter das Kapital verdrängt werden kann durch das republikanische und segensreiche System der **Assoziation von freien und gleichen Produzenten**.

(b) Aber das Kooperativsystem, beschränkt auf die zwerghafte Formen, die einzelne Lohnsklaven durch ihre privaten Anstrengungen entwickeln können, ist niemals imstande, die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten.

Um die gesellschaftliche Produktion in ein umfassendes und harmonisches System freier Kooperativarbeit zu verwandeln, bedarf es allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft, die nur verwirklicht werden können durch den Übergang der organisierten Gewalt der Gesellschaft, d. h. der Staatsmacht, aus den Händen der Kapitalisten und Grundbesitzer in die Hände der Produzenten selbst.

c) Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher mit Produktivgenossenschaften als mit Konsumgenossenschaften zu befassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersteren greifen es

Rolle des Zinses in der kapitalistischen Produktion“.

4 K. Marx, Kapital III, MEW 25, 401f.

in seinen Grundfesten an.

d) Wir empfehlen allen Kooperativgesellschaften, einen Teil ihres Gesamteinkommens in einen Fonds zu verwandeln zur Propagierung ihrer Prinzipien durch Wort und Tat, mit anderen Worten, durch Förderung der Errichtung von neuen Produktivgenossenschaften sowie durch Verbreitung ihrer Lehren.

e) Um zu verhindern, dass Kooperativgesellschaften zu gewöhnlichen bürgerlichen Aktiengesellschaften ... entarten, sollten alle Arbeiter, die in ihnen beschäftigt sind, ob Aktieninhaber oder nicht, gleiche Anteile vom Gewinn erhalten. Wir sind willens zugeben, dass die Aktieninhaber als eine nur zeitweilige Maßnahme Zinsen zu einem niedrigen Prozentsatz erhalten. (eigene Übersetzung aus dem Englischen: „Wir sind willens zu akzeptieren, dass die Aktieninhaber als eine rein zeitweilige Maßnahme niedrige Zinsen erhalten.“

Marx schlägt hier den Delegierten der 1. Internationale vor, eine differenzierte Haltung zu Genossenschaften einzunehmen. Ihnen wird zuvorderst eine Vorbildfunktion zugewiesen. Auch im III. Band des Kapitals betont Marx die Bedeutung von Genossenschaften als Übergangsformen⁵:

„Die kapitalistischen Aktienunternehmungen sind ebenso sehr wie die Kooperativfabriken als Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die *kommunistische* zu betrachten, ... Die Kooperativfabriken der Arbeiter selbst sind, innerhalb der alten Form, das erste Durchbrechen der alten Form, obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren und reproduzieren müssen. Aber der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist innerhalb derselben aufgehoben, wenn auch zuerst nur in der Form, dass die Arbeiter als Assoziation ihr eigener Kapitalist sind, d. h. die Produktionsmittel zur Verwertung ihrer eigenen Arbeit verwenden.“ Die Kooperativfabriken „zeigen, wie auf einer gewissen Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte und der ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsformen naturgemäß aus einer Produktionsweise sich eine neue Produktionsweise entwickelt und herausbildet. Ohne das aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringende Fabriksystem könnte sich nicht die Kooperativfabrik entwickeln und ebenso wenig ohne das aus derselben Produktionsweise entspringende Kreditsystem. Letzteres, wie es die Hauptbasis bildet zur allmählichen Verwandlung der kapitalistischen Privatunternehmungen in kapitalistische Aktiengesellschaften, bietet ebenso sehr die Mittel zur allmählichen Ausdehnung der Kooperativunternehmungen auf mehr oder minder nationaler Stufenleiter. Die kapitalistischen Aktienunternehmen sind ebenso sehr wie die Kooperativfabriken als Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte zu betrachten, nur daß in den einen der Gegensatz negativ und in den andren positiv aufgehoben ist.“

Wegen des gedachten Übergangscharakters sind Produktivgenossenschaften für Marx auch interessanter als Konsumgenossenschaften. Produktivgenossenschaften wie Aktiengesellschaften benötigen im Betriebsalltag keinen Unternehmer mehr, der gleichzeitig Eigentümer ist. Beide sah er daher als Übergangsform zu einer Ökonomie auf der Basis sozialen Eigentums.

In Marxs Worten: „In den Aktiengesellschaften ist die Funktion getrennt vom Kapitaleigentum, also auch die Arbeit gänzlich getrennt vom Eigentum an den Produktionsmitteln und an der Mehrarbeit. Es ist dies Resultat der höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktion ein notwendiger

Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten, aber nicht mehr als das Privateigentum einzelner Produzenten, sondern als das Eigentum ihrer als assoziierter, als unmittelbares Gesellschaftseigentum. Es ist andererseits Durchgangspunkt zur Verwandlung aller mit dem Kapitaleigentum bisher noch verknüpften Funktionen im Reproduktionsprozess in bloße Funktionen der assoziierten Produzenten, in gesellschaftliche Funktionen.“⁶

Genossenschaften können aber für Marx den politischen Kampf um verallgemeinerte soziale Veränderungen nicht ersetzen. Daher wird auch empfohlen, einen Teil des genossenschaftlichen Erlöses in Bildung und Aufklärung zu investieren. Außerdem findet sich unter Punkt e) schon ein Hinweis auf ein Grundproblem aller Produktivgenossenschaften – die Tendenz neuen MitarbeiterInnen weniger Rechte einzuräumen als der ersten Generation von GenossenschaftlerInnen. In dem Text für die 1. Internationale, wie auch im III. Band des Kapitals fehlt jeder Hinweis auf Mängel und Probleme der Genossenschaft, abgesehen von Problemen, die aus der gleichzeitigen Existenz des Kapitalismus folgen. Eine eigenständige Analyse der Genossenschaft fehlt auch hier. Dies entspricht dem Fehlen einer umfassenden Marxschen Vorstellung, wie eine kommunistische Volkswirtschaft funktionieren soll.

Als 1875 die Vereinigung der beiden großen Zusammenschlüsse der deutschen Arbeiterbewegung gelingt, nimmt das Gothaer Programm der neuen Sozialistischen Arbeiterpartei zur Genossenschaftsfrage Stellung: „Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“ Die Forderung nach Förderung neuer Genossenschaften durch den Staat stammt von Lassalle, der sie wiederum von Louis Blanc übernommen hatte. Die Aneignung des Mehrwerts durch die Unternehmer sollte dadurch überwunden werden, dass Genossenschaften von ArbeiterInnen gegründet werden. Da sie nicht über das nötige Kapital verfügen, sollte der Staat einspringen.

Diese Forderung Lassalles traf nicht nur auf die Kritik des großen Genossenschaftsliberalen Schulze-Delitsch, sondern auch auf Marxs ätzende Kritik. In seiner „Kritik am Gothaer Programm“ schreibt er:

„Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volks. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“

... Es wird in würdiger Weise „angebahrt“! An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiberphrase – „die soziale Frage“, deren „Lösung“ man „anbahnt“. Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft „entsteht“ die „sozialistische Organisation der Gesamtarbeit“ aus der „Staatshilfe“, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die er, nicht der Arbeiter, „ins Leben ruft“. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanlehn ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine

neue Eisenbahn!

Aus 'einem Rest von' Scham stellt man „die Staatshilfe“ – „unter die demokratische Kontrolle des arbeitenden Volks“. ... Es liegt auch der Hauptanstoß nicht darin, daß man diese spezifische Wunderkur ins Programm geschrieben, sondern daß man überhaupt vom Standpunkt der Klassenbewegung zu dem der Sektenbewegung zurückgeht.

Daß die Arbeiter die Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion auf sozialem und zunächst bei sich, also [auf] nationalem Maßstab herstellen wollen, heißt nur, daß sie an der Umwälzung der jetzigen Produktionsbedingungen arbeiten, und hat nichts gemein mit der Stiftung von Kooperativgesellschaften mit Staatshilfe! Was aber die jetzigen Kooperativgesellschaften betrifft, so haben sie *nur* Wert, soweit sie unabhängige, weder von den Regierungen noch von den Bourgeois protegierte Arbeiterschöpfungen sind.“

Auch hier macht Marx seine Sympathie mit der Genossenschaftsbewegung seiner Zeit deutlich. Auffällig ist, dass er auch hier nicht die Funktionsprobleme von Genossenschaften analysiert oder gar kritisiert. Da er die Priorität in der politischen Auseinandersetzung sieht, machen Genossenschaften für ihn nur als vom Staat unabhängig Sinn. Genossenschaften hält er aus eigener Kraft nicht für fähig, das Elend der Arbeiterklasse zu überwinden.

„Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperativsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel. Aber die Herren von Grund und Boden und die Herren vom Kapital werden ihre politischen Privilegien stets gebrauchen zur Verteidigung und zur Verewigung ihrer ökonomischen Monopole. Statt die Emanzipation der Arbeit zu fordern, werden sie fortfahren, ihr jedes mögliche Hindernis in den Weg zu legen. ... Politische Macht zu erobern ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklassen.“ (Marx 1864).

Grenzen Solidarischer Ökonomie

Seit nun über 200 Jahren, rund 150 Jahre nach Marx's Auseinandersetzung mit Genossenschaften, gibt es Projekte und Unternehmungen Solidarischer Ökonomie in der Moderne. Wenn sie so großartig sind, warum dominieren sie nicht längst die Ökonomie? Solidarische Ökonomie ist bei allen großen Erfolgen auch eine Erfahrung des Scheiterns. Von den Produktivgenossenschaften des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts ist nicht mehr viel übrig. Viele Kollektive der 1970er und 1980er Jahre in Westeuropa sind an Konflikten und überhöhten Ansprüchen gescheitert. Die starke Konkurrenz des konventionellen Sektors hat etliche Unternehmungen wirtschaftlich niedergedrückt oder noch mehr von ihnen dem kommerziellen Sektor gleich oder ähnlich gemacht. Schon Ende des 19 Jahrhunderts stellten BeobachterInnen des Genossenschaftswesens ähnliche Tendenzen fest.

Die geringere Wettbewerbsfähigkeit von Kooperativen im Vergleich zu kapitalistischen Unternehmen wird in der Regel durch die unterschiedlichen Anreize erklärt, die aus verschiedenen Formen des Eigentums folgen. Unter den Beschäftigten geteiltes, genossenschaftliches Eigentum führt zu einem anderen betriebswirtschaftlichen Verhalten als kapitalistisches Eigentums erklärt. Kooperativen haben einen geringeren Anreiz, Kosten von Innovation zu tragen, die Voraussetzung für Wachstum sind. Denn die Vorteile des Wachstums müssen mit allen KooperativistInnen geteilt werden. Beim kapitalistischen Unternehmen werden die Innovationserträge dagegen bei den EigentümerInnen konzentriert. Sie

haben damit einen hohen Anreiz, für Innovation zu sorgen. Im Ergebnis können sie letztlich schneller wachsen und damit billiger produzieren. In vielen Sektoren konkurrieren kapitalistische Unternehmen daher Kooperativen aus. Es ist eigentlich erstaunlich, dass man eine solche vergleichende Analyse bei Marx vergeblich sucht.

Die geringere betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Genossenschaften im Vergleich zu kapitalistischen Unternehmen gilt jedoch nicht in Sektoren, die von einer geringen Innovationsgeschwindigkeit geprägt sind oder wo es v.a. um die Verwaltung leistungsloser Einkommen geht. Deshalb konnten sich etwa Genossenschaften im Bereich von Wohnungen und Banken sehr gut gegen kapitalistische Konkurrenten behaupten. Im weltweit größten Komplex von Kooperativen im spanisch-baskischen Mondragon wurden spezielle Institutionen geschaffen, die das Innovationsproblem von Kooperativen lösen. So konnten sich in der Region um die Stadt Mondragon Kooperativen im Verbund auch in hochinnovativen Industriesektoren wie Haushaltsgeräte und Automobilzulieferung behaupten. Natürlich können auch Einzelunternehmen Lösungen für das Innovationsproblem von Kooperativen finden, seien es die Wahl einer sicheren Marktnische, dynamische unternehmerische Personen im solidarischen Projekt, die Bindung der KundInnen an die solidarischen Ziele der Unternehmung oder effektive, demokratische und lernförderliche betriebliche Organisationsstrukturen.

Selbstverständlich bedeutet, eine solch nüchterne, empirische Analyse der Wettbewerbsprobleme von Kooperativen nicht, dass das Unternehmungen Solidarischer Ökonomie deshalb normativ abzulehnen wären. Zum einen hat, anders und kooperativ zu wirtschaften, wichtige Vorteile, die die Innovationsnachteile mehr als ausgleichen können. Zum anderen ist eine hohe Innovationsgeschwindigkeit kein Wert an sich. In Konkurrenz mit kapitalistischen Unternehmen wird sie jedoch zum Problem, das man nicht einfach ignorieren kann.

Solidarische Ökonomie als Weg

Gleichzeitig gibt es zahlreiche Projekte, die im Strudel der kapitalistischen Ökonomie den Kopf oben behalten haben. Für die Größe des Solidarischen Sektors in einer kapitalistischen Ökonomie sind auch die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen entscheidend. Gerade die Staaten, die sich um eine aktive Förderung der Solidarischen Ökonomie bemühen, zeigen worauf es ankommt: geeignete Rechtsformen, Zugang zu Finanzierungsmitteln, spezialisierte Beratungseinrichtungen, maßgeschneiderte Angebote der Aus- und Weiterbildung, Anerkennung des Sektors etwa durch öffentliche Berichterstattung, Förderung durch Gewerkschaften und Soziale Bewegungen sowie Institutionalisierung der Zusammenarbeit von AkteurInnen Solidarischer Ökonomie auf regionaler und nationaler Ebene. Es fällt auf, dass die meisten dieser förderlichen Rahmenbedingungen in Deutschland fehlen oder mit dem ursprünglichen Anliegen des Genossenschaftswesens nicht mehr zu tun haben, wie etwa beim Verband der Volks- und Raiffeisenbanken.

Es stellt sich also die Frage, wie wir einen Solidarischen Sektor aufbauen können, der seine Ziele nicht verrät, aber doch im sich globalisierenden Kapitalismus lebensfähig ist. Eine zentrale Frage für die Zukunft Solidarischer Ökonomie lautet daher: In welchen Sektoren und unter welchen Rahmenbedingungen ist das Wachsen Solidarischer Ökonomie möglich?

Darüber hinaus berichten die PraktikerInnen Solidarischer Ökonomie, dass

die Probleme oftmals im Zwischenmenschlichen zu finden sind. Viele Kooperativen scheitern nicht an der kapitalistischen Konkurrenz, sondern an sich selbst. Zusammenarbeit mit weniger Hierarchien will gelernt sein; ebenso der Umgang mit dominanten Mackern wie auch mit Leuten, die keine Verantwortung tragen wollen. Die Zusammenarbeit in der Selbstorganisation ist die häufigste Quelle für Unzufriedenheit in den Unternehmungen und Projekten Solidarischer Ökonomie. Auch das ist ein Problem, das man nicht einfach ignorieren kann.

Nicht nur aus ökonomischer, sondern auch aus politischer Sicht gibt es wichtige Anfragen an das Konzept Solidarischer Ökonomie. Vor allem kann die Idee ökonomischer Selbsthilfe dazu beitragen, die Forderung an den Staat zur Garantierung universeller sozialer und ökologischer Rechten zu schwächen. Die Rede von der Selbsthilfe und Eigenverantwortung einerseits und freiwilliger Solidarität andererseits gehören seit jeher zu neoliberalen Rezepten. Gesellschaftliche Probleme wie die Bekämpfung der Umweltzerstörung oder die Finanzierung öffentlicher Güter sind jedoch nicht durch freiwillige, solidarische Vereinbarungen zu lösen, sondern brauchen verbindliche Regeln, die für alle gelten. Auch die Überwindung von Armut und Ungleichheit braucht mehr als eine aktive Zivilgesellschaft und Solidarische Ökonomie leisten können. Es braucht Umverteilung per Gesetz über progressive Steuern, die die Marktergebnisse korrigieren. Zudem können oder wollen viele Menschen, sich nicht gemeinschaftlich selbst helfen. Auch sie haben Rechte, Menschenrechte. Aus all diesen Gründen gilt es wachsam zu sein, dass Solidarische Ökonomie von den neoliberalen IdeologInnen nicht missbraucht wird, um den Rückzug des Staates aus der Garantierung von Rechten für alle zu legitimieren. Solidarische Ökonomie kann nur dann zur Verallgemeinerung sozial-ökologischer Rechte beitragen, wenn sie in verbindlichen universellen Regulierungen und Rechten mündet. Solidarische Unterstützung in Teilgruppen kann soziale Rechte für Alle nicht ersetzen. Fair Trade-Projekte sind eben keine Alternative für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung. Ebenso ersetzt Solidarische Ökonomie keine verbindliche und umfassende Regulierung der globalen Ökonomie, etwa der Finanzmärkte. Akteure in der Solidarischen Ökonomie sollten sich als Teil des Kampfes um Emanzipation für Alle verstehen. Gerade an diesem Punkt sind die Marxschen Anmerkungen zu den Genossenschaften seiner Zeit hochaktuell.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Solidarische Ökonomie zur Schaffung „behaglicher Nester“ und „ruhiger Inseln“ führt, die dann Entpolitisierung zum Ergebnis haben. Wer im Tauschring Gutscheine zählt, kämpft vielleicht nicht mehr für einen Bruch mit der neoliberalen Politik und für eine andere Weltwirtschaftsordnung. Wer im genossenschaftlichen Betrieb sich selbst verwaltet, hat vielleicht keine Zeit mehr gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung durch die Kommunalverwaltung zu kämpfen. So könnten Projekte Solidarischer Ökonomie politische Kämpfe um soziale und ökologische Rechte nicht nur ideologisch schwächen, sondern auch eines Teils der personellen Basis an Aktiven entziehen.

Andererseits braucht vielleicht jede progressive Bewegung auch eine ökonomische Infrastruktur. Braucht nicht gerade die altermondialistische Bewegung, die beweisen will, dass Ökonomie ganz anders auch jenseits des Neoliberalismus geht, einen Wirtschaftssektor, der beweist, dass dies tatsächlich möglich ist? Ein Wirtschaftssektor, der zeigt, dass die andere Welt nicht nur möglich, sondern auch heute schon lebbar ist. Eine Ökonomie, die beweist, dass der totale Wettbewerb, ständiger Leistungsdruck, permanente Unsicherheit die falschen ökonomischen

Leitbilder sind.

Auch wenn man nach allen Erfahrungen keinen naiven Optimismus versprüht, so hat doch Solidarische Ökonomie starke Vorzüge und Erfolge vorzuweisen.

Ökonomisch stellen Unternehmungen Solidarischer Ökonomie Güter, Dienstleistungen und Arbeitsplätze bereit. Sie tun dies häufig in Sektoren, in denen der Markt nicht oder nicht effizient funktioniert. Wohnungsgenossenschaften erlauben heute günstiges Wohnen in Innenstadtlagen, weil sie knappen innerstädtischen Boden verwalten, ohne den Kaufpreis marktüblich verzinsen zu müssen. Die sogenannte Bodenrente kommt damit nicht KapitalbesitzerInnen zu Gute, sondern verbleibt bei den MieterInnen. Da Boden natürlich knapp und nicht durch menschliche Produktion vermehrbar ist, ist er ohnehin kein voll marktfähiges Gut. Gemeinsam mit vielen anderen öffentlichen und privaten Initiativen leistet Solidarische Ökonomie so einen Beitrag zur Daseinsvorsorge und Bereitstellung öffentlicher Güter.

Viele Genossenschaften und Projekte Solidarischer Ökonomie arbeiten in Regionen, die nicht zu den bevorzugten Gegenden global mobiler InvestorInnen zählen. Solidarisches und genossenschaftliches Kapital ist oft geduldiges, standorttreues Kapital. Die genossenschaftlichen Volksbanken etwa partizipieren am Bankenprivileg der Geldschöpfung. Sie machen dieses Privileg vor allem für Klein- und Mittelbetriebe nutzbar. Ferner gewährleisten sie gerade auf dem Lande eine flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen. Community businesses und andere Gemeinwesenbetriebe sind ebenfalls in wirtschaftlich schwachen Regionen besonders verbreitet und ein Instrument, um gegen ökonomische Verödung anzugehen. Solidarische Ökonomie bietet ein Stück regionalen Ausgleich, Stabilität und Sicherheit in einer wieder unsicherer gewordenen Wirtschafts- und Arbeitswelt.

Gerade in Deutschland waren Projekte Solidarischer Ökonomie auch eine Quelle von Innovation. Nicht aus der Suche nach immer höherem Profit, sondern aus der Orientierung an Werten wie Ökologie und Demokratie hatten neue Ideen eine Chance. Während Energiekonzerne und Stadtwerke Erneuerbare Energien für Spinnerei hielten, schraubten Kollektive wie Solvis aus Braunschweig und Wagner & co aus Cölbe bereits an den Kollektoren, getrieben von Idealismus als Quelle von Innovation. Ähnliches gilt für die Vermarktung und Produktion vieler Biolebensmittel, bei denen in der Pionierphase Öko-Kollektive eine große Rolle gespielt haben. In diesen Projekten entwickelten sich zudem viele Techniken demokratischer Zusammenarbeit in Unternehmen. Die technischen und sozialen Innovationen, die sich ökonomisch rechnen, wurden dann von Unternehmen des kapitalistischen Sektors übernommen und verbreitet. Das ändert aber nichts daran, dass Wagner & co wie auch Solvis als selbstverwaltete Unternehmen wettbewerbsfähig geblieben sind. Was sie nicht vermochten oder wollten, war jedoch das enorme Wachstum in der Branche mitzumachen. Andere Hersteller überrundeten sie quantitativ rasch. Ökologische und demokratische InnovatorInnen sind beide geblieben. Die hohe Motivation und Identifikation der MitarbeiterInnen mit dem Unternehmen gerade durch demokratische Selbstverwaltung ist auch wirtschaftlich eine große Chance für Solidarische Unternehmen.

Auch politisch haben die Projekte Solidarischer Ökonomie eine positive Bilanz. Wir leben in einer Zeit, in der die Verletzung von Menschenrechten, Umweltzerstörung und Ungleichheit nicht einfach von Herrschenden aufgedrückt wird. Vielmehr tragen die meisten Menschen Unrechtsverhältnisse mehr oder weniger freiwillig mit und halten sie

aufrecht. KonsumentInnen kaufen Produkte aus Unrechtsverhältnissen oder versauen mit ihrem Konsum Klima und Natur. Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern findet sich nicht nur im Arbeitsleben und in der Politik, sondern vielfach im Alltagsleben. Rassismus ist weit verbreitet und findet sich auch im Erwerbsleben. Der Abbau des Sozialstaates ist nicht nur ein Produkt neoliberaler Eliten, sondern auch Produkt von Entsolidarisierung zwischen vielen Bevölkerungsgruppen. Die Liste ließe sich fortsetzen. All die Beispiele zeigen, dass Politik nicht nur Ergebnis von Kämpfen von Interessensgruppen in der politischen Öffentlichkeit ist, sondern vielfach Produkt von scheinbar privaten Entscheidungen, Ideen und Präferenzen in der Zivilgesellschaft.

Aus einer solchen Sicht bekommen Unternehmungen Solidarischer Ökonomie eine eigene Bedeutung im Kampf gegen die Politik des Neoliberalismus. Sie sind Orte der Demokratie und gelebter Solidarität. Sie helfen damit, solidarische Haltungen und Ideen zu verbreiten. BürgerInnen erfahren als KundInnen, MitarbeiterInnen oder auch nur als AnwohnerInnen, dass Solidarität funktioniert. Damit erweitern sie auch den Spielraum für politische Regulierungen in sozial-ökologischer Absicht. Ohne die WindbastlerInnen der ersten Stunde hätte es wohl kaum ein Erneuerbare-Energien-Gesetz gegeben, das heute weltweit in 50 Staaten den Öko-Energien zum Durchbruch verhilft. Ideen durch Gesetze für alle gültig zu machen, ist ungleich überzeugender, wenn man schon in Projekten Solidarischer Ökonomie bewiesen hat, dass es funktioniert. Allerdings gilt auch umgekehrt, dass Solidarische Ökonomie öffentliches Handeln nur selten ersetzen kann. Sozial-ökologische Regulierungen und Rechte müssen für alle Unternehmen und Menschen gelten. Das gelingt letztlich nur durch verbindliche Regeln, die für alle AkteurInnen im Markt gelten, bzw. durch öffentliche Angebote, die für alle zugänglich sind. Solidarische Ökonomie ersetzt also nicht solidarische Politik, sie hilft aber bei der Durchsetzung.

Die eigene persönliche Erfahrung lehrt, dass über Ökonomie und Politik hinaus Unternehmungen Solidarischer Ökonomie ein großes kulturelles und persönliches Projekt sind. Sich mit anderen demokratisch zusammenzuschließen, um etwas zu unternehmen, ist ein Gegengift zur „Kultur des neuen Kapitalismus“ (Sennett) mit ständiger Flexibilität, Mobilität und Unsicherheit. Freiwillige Zusammenschlüsse entsprechen dagegen dem menschlichen Bedürfnis nach sozialer Verbundenheit. Demokratische Mitbestimmung im Arbeitsleben entspricht dem Bedürfnis nach Autonomie und kann helfen Angst vor Entlassung und Erwerbslosigkeit zu mindern. Schließlich zeigen die Ergebnisse von GlücksforscherInnen: Sich gemeinsam mit anderen zu engagieren, einen positiven Beitrag in der Gesellschaft zu leisten und sich ungerechten Verhältnissen zu widersetzen, leistet einen Beitrag zum persönlichen Glück.

Die Herausforderung demokratischer Selbstorganisation besteht freilich darin, dass die Potentiale von Gemeinschaft und Zusammenarbeit nicht durch die typischen Nachteile wieder zerstört werden, wie z.B.: undemokratisches Verhalten, anstrengende Treffen, Gruppendruck und -konservatismus. Solidarität will gelernt sein. Gute Zusammenarbeit und Umgang mit Konflikten in den Projekten Solidarischer Ökonomie ist eine ständige Herausforderung und Feld für soziales Lernen. Soziales Lernen für eine Kultur der Solidarität und Partizipation.

Kasten I:

Formen Solidarischer Ökonomie:

Lebensmittel

Regionale Vermarktung
Verknüpfung Erzeuger-Verbraucher (EVGs)
Vermarktungskoopertiven
community-supported-agriculture

Konsum/Vermarktung

Konsumgenossenschaften
Food-Coops
Neue Dorfläden
Raiffeisen u.v.a.

Subsistenzwirtschaft

Selbstversorgung
Interkulturelle Gärten

Wasser

Wasser- & Abwassergenossenschaften
Regenwassersammlung

Alternative Energien

Energiegenossenschaften
Bürgerwindräder, Bürgersolarprojekte

Wohnen

Wohnungsgenossenschaften
Selbstbau-Initiativen
Ökodörfer & alternative Siedlungen
Hausbesetzungen

Dienstleistungen

Soziale Dienstleistungskooperativen
Selbstorganisierte Medien

Geld

Tauschringe
Lokale Währungen
Lokale Banken
Ethisches Investment

Gemeinsame Nutzung

Nutzungsgemeinschaften
Car Sharing
Mitfahrzentralen
'book crossing'
Gemeinschaftlich genutzte Werkstätten

Eigentumsformen

Kooperativen
Genossenschaften
Belegschaftsübernahmen
Landbesetzungen
Gemeinwesenbetriebe
Community Land Trusts
Freies Wissen: Kultur, Software, Bücher, (Heil-)Pflanzen...
Gratisökonomie: z.B. Umsonstläden

Solidarische Ökonomie über Grenzen

fairer/alternativer Handel mit 'Entwicklungsländern'
Bolivariana para las Américas (ALBA)

Literatur

Luise Gubitzer (1989): Geschichte der Selbstverwaltung, AG Spak-Verlag.

Karl Marx (1864): Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: "Der Social-Demokrat" Nr. 2 und 3 vom 21. und 30. Dezember 1864.

Karl Marx (1866): Forderungen der IAA, MEW 16.

Karl Marx (1875): Kritik des Gothaer Programms, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR

Karl Marx (1867) Das Kapital, Band I.

Karl Marx (1894): Das Kapital, Band III.
